

Die kommunistischen und postkommunistischen Parteien Westeuropas: ein unaufhaltsamer Niedergang?

Moreau, Patrick

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Moreau, P. (2004). Die kommunistischen und postkommunistischen Parteien Westeuropas: ein unaufhaltsamer Niedergang? *Totalitarismus und Demokratie*, 1(1), 35-62. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-309452>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die kommunistischen und post-kommunistischen Parteien Westeuropas: Ein unaufhaltsamer Niedergang?

Patrick Moreau



Dr. Patrick Moreau, geb. 1951 in Wetzlar, Forschungsdirektor am Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS); Anschrift: 22, rue d'Annam, F-750011 Paris). Studium der Philosophie und

Geschichte (Universität Paris I-Sorbonne) und der Politikwissenschaft (Institut d'Etudes Politiques Paris), 1978 Promotion, 1984 Habilitation. Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung und der DFG. 1994–1998 Mitglied der Enquete-Kommission „Überwindung der SED-Diktatur“ des Deutschen Bundestages.

Abstract

The demise of Soviet Communism by no means implies that the parties formerly bound up with it have disappeared from Europe's political landscape. A comparison of these formations in western Europe distinguishes three ideological and programmatic currents: "traditional" Communist parties largely adhere to the heritage of Marxism and Leninism, while "post-Communist" organizations have largely dissociated themselves from it, frequently combining criticism of capitalism with ecological concepts. Between these two poles are the "reform Communists", who have partly turned away from Leninism but largely retain their allegiance to Marxism. The disintegration of their traditional milieus are an essential reason for their uncertain prospects in the ongoing competition with established moderate left-wing organizations.

I. Einführung

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und des Sowjetsystems wurde der Untergang des Kommunismus verkündet. Die Veröffentlichung des „Schwarzbuchs des Kommunismus“ schien der vermeintlich in Agonie liegenden Ideologie den Gnadenstoß zu versetzen.¹ Zehn Jahre später ist der Kommunismus aus zahlreichen politischen Systemen des Westens keineswegs verschwunden, noch

1 Vgl. Stéphane Courtois u. a. (Hg.), *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München 1998. Zur lebhaften Diskussion um das Schwarzbuch siehe u. a.: Horst Möller (Hg.), *Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das „Schwarzbuch des Kommunismus“*, München 1999. Siehe auch: Uwe Backes/Stéphane Courtois (Hg.), *„Ein Gespenst geht um in Europa“*. Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln/Weimar 2002; Donald Busky, *Communism in History and Theory: The European Experience*, Westport, Conn. 2002.

weniger aus den östlichen Ländern.² Einige epistemologische Bemerkungen scheinen deshalb notwendig.

Gegenstand dieser Untersuchung sind die westeuropäischen KPen. Sie sind ein kohärenter Komplex, sieht man einmal von der deutschen, durch Umbenennung der Diktaturpartei SED 1989/90 entstandenen *Partei des Demokratischen Sozialismus* (PDS) ab, die aufgrund ihrer spezifischen Geschichte und ihres Charakters als Partei der Transition zwischen Ost und West eine Sonderrolle einnimmt.³ Die anderen westlichen KPen wurden in den 20er Jahren gegründet und von der *Kommunistischen Internationale* (Komintern, KI) und der *Kommunistischen Partei der Sowjetunion* (KPdSU) kontrolliert. Die Parteieliten waren von der Moskauer Zentrale ausgewählt und ihr unterstellt. Die Unterstützung der Politik der Sowjetunion erfolgte (fast) einhellig. Ideologisch und organisatorisch handelte es sich bis 1990 um marxistisch-leninistische Arbeiterparteien mit avantgardistischem Selbstverständnis und „demokratischem Zentralismus“ als Organisationsprinzip. Ab 1988 begann innerhalb dieser Parteien die so genannte „Gorbatschowkrise“. Die 1968 im westlichen Deutschland gegründete *Deutsche Kommunistische Partei* (DKP) geriet in einen Loyalitätskonflikt zwischen Ostberlin und Moskau. Der Zusammenbruch der Sowjetunion führte in den 90er Jahren zu einer Differenzierung der KPen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts scheinen die KPen verschiedenen politischen Familien anzugehören, deren ideologische, organisatorische und politisch-strategische Charakteristika

-
- 2 Zur politischen Situation des Kommunismus und Postkommunismus in den Ländern Ostmitteleuropas siehe vor allem: Detlef Pollack (Hg.), *Political Culture in Post-communist Europe: Attitudes in New Democracies*, Aldershot 2003; Petr Kopecký/Cas Mudde (Hg.), *Uncivil Society? Contentious Politics in Post-communist Europe*, London 2003; Martin Aberg/Mikael Sandberg, *Social Capital and Democratization: Roots of Trust in Post-Communist Poland and Ukraine*, Aldershot 2003; Eleoussa Polyzoi/Michael Fullan/John P. Anchan, *Change Forces in Post-communist Eastern Europe: Education in Transition*, London 2003; Marko Lehti/David J. Smith (Hg.), *Post-Cold War Identity Politics: Northern and Baltic Experiences*, London 2003; Wolfgang Ismayr (Hg.), *Die politischen Systeme Osteuropas*, Opladen 2002; András Bozóki/John Ishiyama, *The Communist Successor Parties of Central and Eastern Europe*, Armonk, NY 2002; Janusz Bugajski, *Political Parties of Eastern Europe: A Guide to Politics in the Post-communist Era*, Armonk, NY 2002; Anna Maria Grzymala-Busse, *Redeeming the Communist Past: The Regeneration of Communist Parties in East Central Europe*, Cambridge 2002; Paul Lewis (Hg.), *Party Development and Democratic Change in Post-Communist Europe: The First Decade*, London 2001; ders., *Political Parties in Post-communist Eastern Europe*, London 2000; Herbert Kitschelt, *Post-communist Party Systems: Competition, Representation, and Inter-party Cooperation*, Cambridge 1999; Guy Hermet/Lilly Marcou, *Des partis comme les autres? Les anciens communistes en Europe de l'Est*, Bruxelles 1998; Gerhard Hirscher (Hg.), *Kommunistische und postkommunistische Parteien in Osteuropa: Ausgewählte Fallstudien*, München 2000.
- 3 Vgl. zur politischen Rolle der PDS: Patrick Moreau, *Politische Positionierung der PDS – Wandel oder Kontinuität?*, München 2002; ders./Rita Schorpp-Grabiak, „Man muss so radikal sein wie die Wirklichkeit“ – die PDS. Eine Bilanz, Baden-Baden 2002; Jürgen Lang, *Ist die PDS eine extremistische Partei?*, Baden-Baden 2003.

(Verhältnis zur demokratischen Linken, Konkurrenz mit anderen Gruppierungen des politischen Systems) kurz beschrieben werden sollen.

Die außerordentliche Komplexität des Problems erschwert das Herausarbeiten von Gemeinsamkeiten und Gegensätzen in besonderem Maße. Zum einen differieren die politischen Systeme und politischen Kulturen in den westeuropäischen Ländern beträchtlich. Zum anderen handelt es sich um Parteien, die schon von ihrer Mitgliederzahl kaum vergleichbar sind: So hat der *Parti Communiste Français* (PCF) 70 000 Mitglieder, die DKP nur 4 700, die belgische KP mit 200 Mitgliedern noch bedeutend weniger (jeweils Ende 2002). In einigen Ländern existieren ein, zwei oder sogar drei kommunistische oder postkommunistische Parteien nebeneinander, die sich gegen „rote“ Umweltschützer bzw. linksextreme trotzkistische oder maoistische Organisationen durchsetzen müssen oder auch mit ihnen zusammenarbeiten.⁴ Weitere Akteure machen die Analyse noch komplizierter: Die Bewegung der Globalisierungskritiker vereint Aktivistinnen jeglicher Provenienz, darunter auch zahlreiche Linksextremisten, aber auch ehemalige oder (z. B. in Frankreich) noch KP-Mitglieder. Dieser Facettenreichtum zwingt zur Suche nach Gemeinsamkeiten. Organisatorische Fragen müssen dabei in den Hintergrund treten.

Ein weiteres Problem stellen die Analysekategorien selbst dar. Ist die Unterscheidung zwischen kommunistischer und postkommunistischer Partei noch sinnvoll? Zweifel sind angebracht und begründbar: Der PCF beispielsweise pocht auf seine kommunistische Identität, während die deutsche PDS – zumindest ihr Reformflügel – unablässig die Verankerung in einem „demokratisch-

4 Vgl. Patrick Moreau/Marc Lazar/Gerhard Hirscher, *Kommunismus in Westeuropa*, München 1998; Patrick Moreau, *Les partis communistes et postcommunistes en Europe occidentale*, Paris 1999; Cyrille Guiat, *The French and Italian Communist Parties. Comrades and Culture*, London/Portland 2003; André Rauber, *Formierter Widerstand: Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Schweiz 1944-1991*, Zürich 2003; Consuelo Laiz, *La lucha final. Los partidos de la izquierda radical durante la transición española*, Madrid 1995; Martin J. Bull/Paul Heywood, *West European Communist Parties After the Revolutions of 1989*, Basingstoke, Hampshire 1994; Fernando Ariel del Val/José Manuel, *El proyecto radical. Auge y declive de la izquierda revolucionaria en España (1964-1992)*, Madrid 1994; David Scott Bell, *Western European Communists and the Collapse of Communism*, Oxford 1993; James Eaden/Dave Renton, *The Communist Party of Great Britain since 1920*, Basingstoke 2002; Guillermo Almeyra, *Les metamorphoses du communisme italien. Du Parti Communiste Italien d'Enrico Berlinguer au PDS, Diss.*, Paris 2000; Yves Santamaria, *Histoire du Parti communiste français*, Paris 1999; Jean-Paul Brunet, *Histoire du Parti communiste français: 1920-1996*, Paris 1996; Stéphane Courtois/Marc Lazar, *Histoire du Parti communiste français*, Paris 1995; Kate Hudson, *European Communism since 1989: Towards a New European Left?*, Basingstoke 2000; Francis Beckett, *Enemy within: The Rise and Fall of the British Communist Party*, London 1995; Sergio Bertelli/Francesco Bigazzi, *La storia dimenticata*, Mailand 2001; Gert Petersen, *Med frygten som drivkraft. Tanker om den kolde krig*, Kopenhagen 2001; Heinz Timmermann, *Kommunistische Parteien in Westeuropa: Programme, Strukturen, Perspektiven*, Köln 1985.

sozialistischen“ Postkommunismus hervorhebt.⁵ Ein Vergleich der theoretischen Texte beider Parteien zeigt indes ihre enge Verwandtschaft: Ihre Überzeugungen und Praktiken sind nahezu identisch, sie arbeiten auf allen Ebenen intensiv zusammen. Geht man bei der Betrachtung von transnationalen Strukturen wie dem *Forum der Neuen Europäischen Linken* (NELF) oder der *Konföderation der vereinigten europäischen Linken/Nordische Grüne Linke* (KVEL/NGL) im Europäischen Parlament aus, stellt man eine fast harmonische Zusammenarbeit zwischen französischen Trotzlisten, nordischen „roten“ Grünen, eindeutig poststalinistisch-orthodoxen kommunistischen Parteien, Reformkommunisten und „postkommunistischen“ Sozialisten fest. Der jüngste Schritt bei der Entwicklung der Zusammenarbeit war die Gründung einer *Partei der Europäischen Linken*⁶ im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament. Eine einfache Einteilung scheint unter diesen Umständen kaum möglich.

Es stellt sich die Frage der Methoden zur angemessenen Beleuchtung dieses heterogenen Gegenstandes. Angesichts einer erst in den Anfängen stehenden Forschung für die Jahre 1990 bis 2003 kann nur eine erste Annäherung versucht werden. Ausgangspunkt der Betrachtung ist die historische kommunistische Identität, die sich in den 20er Jahren entwickelt hatte und bis Ende der 60er Jahre bestand. Neben dem Einfluss der Studentenbewegung von 1968 muss das Auftauchen des Linksextremismus berücksichtigt werden, um die Veränderungen nachvollziehen zu können, die zwischen 1970 und der großen Krise von 1989 die europäischen kommunistischen Parteien betroffen haben. Auf dieser Grundlage erfolgt eine Untersuchung der aktuellen Wählerschaften der KPen, ihrer politischen Natur und programmatischen Ausrichtung zu Beginn des neuen Jahrhunderts. Der Beitrag will eine erste Antwort auf die grundlegende Frage geben, ob der Kommunismus in der Lage ist, eine bedeutende politische Strömung in Westeuropa zu bleiben.

II. Historische Prägungen und Entwicklungsbedingungen

Der Untergang der UdSSR ist ein zentrales Ereignis in der Geschichte der kommunistischen und post-kommunistischen Parteien. Von Bedeutung ist er jedoch nur noch für den programmatischen Wiederaufbau, also für die theoretische Begründung der Niederlage des realsozialistischen Experiments. Hier findet sich ein erstes ideologisches Unterscheidungsmerkmal: Die Kommunisten müssen die (momentane) „Überlegenheit des Kapitalismus“ über die sozialistischen „Versuche“ auf der ökonomischen wie auch auf der politisch-teleologischen

5 Vgl. Moreau/Schorpp-Grabiak, „Man muss so radikal sein wie die Wirklichkeit“; Patrick Moreau/Jürgen P. Lang, Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996.

6 Zum Programm der *Partei der Europäischen Linken* vgl. www.pds-online.de/partei/international/gemeinsame_dokumente/view_html?zid=30&bs=1&n=1.

Ebene erklären. Mit dieser Problematik setzen sich kommunistische *think tanks* wie „Espace Marx“ in Frankreich oder die „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ in Deutschland permanent auseinander.⁷ Aus welchem Grund ist die Planwirtschaft gescheitert? Warum sind der revolutionäre Elan und die politisch-utopische Hoffnung im Stalinismus begraben worden? Und weshalb gelang es der Partei nach dem Tod des Diktators nicht, dem kommunistischen Ideal seine innenpolitische Kraft zurück zu geben? Diese Untersuchungen gehen von gemeinsamen Grundannahmen aus: Sozialismus und Kommunismus gelten nach wie vor als die einzigen Weltanschauungen, die den Schlüssel zum Glück der Menschheit besitzen.⁸ Die Oktoberrevolution wird romantisiert und mythisch verklärt. Da jedoch die Neuauflage eines bolschewistischen Modells unwahrscheinlich ist, sind die KPen gezwungen, sich zu wandeln und anzupassen.

Professionelle Beobachter der KPen wissen ebenso wie parteinahe Intellektuelle, dass die Chance einer Wiederbelebung des Kommunismus in den Gesellschaften des 21. Jahrhunderts hauptsächlich von zwei Faktoren abhängt: dem Grad der Verwurzelung in den jeweiligen Gesellschaften und der Fähigkeit, den Triumph des „Kapitalismus“ über den Kommunismus⁹ rückgängig zu machen.

Die Geschichte derjenigen kommunistischen Parteien, die nicht an die Macht gekommen sind, zeigt trotz größter nationaler Unterschiede eine Gemeinsamkeit: Sie schöpften über Jahrzehnte ihre politische und soziale Kraft aus der Zugehörigkeit zu einem weltweiten, streng gegliederten und kontrollierten kommunistischen System¹⁰ und ihrem Anteil am demokratischen Leben ihrer Heimatländer (dies gilt vor allem für Frankreich, Italien, Belgien und die Schweiz).¹¹ In manchen Ländern beteiligten sie sich sogar am Demokratisierungsprozess, z. B. in Griechenland unter den Obristen, in Spanien unter Franco oder in Portugal unter Salazar. Es gelang ihnen, unter der Flagge der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit zu segeln, obwohl ihr eigenes gesellschaftliches und politisches Projekt zutiefst antidemokratisch angelegt war. Der Erfolg der kommunistischen Bewegung in den 20er, 30er und 40er Jahren, später auch im Prozess der Demokratisierung des Mittelmeerraumes, war das Ergebnis eines langsamen, aber stetigen Wandels. Diese Wandlungsfähigkeit zeigte sich erneut

7 Vgl. Mihi Dinu Gheorghiu, *Les métamorphoses de l'agit-prop. Les institutions de contrôle des intellectuels par les partis communistes et leurs transformations après 1989: Le cas des écoles de parti*, Paris 1997.

8 Vgl. Roger Martelli, *Le communisme, autrement*, Paris 1998.

9 Mit der Ausnahme Chinas, Vietnams, Nordkoreas und Laos sowie lokaler Varianten, beispielsweise in Indien. Vgl. Om Prakash Ralhan, *Post-independence India: Communist Party of India*, New Delhi 1999.

10 Vgl. Robert Harvey, *Comrades. The Rise and Fall of World Communism*, London 2003, S. 176 ff.

11 Vgl. Roger Martelli, *Le rouge et le bleu: Essai sur le communisme dans l'histoire française*, Paris 1995, S. 34 ff.

in den 90er Jahren und zeugte von der Lernfähigkeit kommunistischer Apparate.

Tatsächlich haben sich die meisten kommunistischen Parteien in den ersten Jahren ihres Bestehens wenig um die Gesellschaften, in denen sie wirkten, gekümmert. Ihr Interesse galt vorrangig der eigenen Formierung als kommunistisch-revolutionäre Gruppe. Sie mussten sich vom sozialdemokratischen Mief befreien, um den leninistisch-stalinistischen Idealen zu entsprechen.

Bereits in den 20er Jahren, nach der Machtübernahme des italienischen Faschismus, insbesondere aber ab 1934/35, als sich das NS-Regime in Deutschland gefestigt hatte und die KPen in ganz Europa in eine schwierige Lage geraten waren, begannen sie, sich zu wandeln und sich entschlossen der „demokratischen“ Eroberung der Massen zu widmen. Die revolutionären Kader entdeckten die Notwendigkeit des Eintauchens in die zivile Gesellschaft. Diese Lektion der Geschichte haben die KPen nicht vergessen. Sie steht im Mittelpunkt der aktuellen ideologischen Überlegungen aller (post-)kommunistischen Parteien.

In ganz Europa, am intensivsten jedoch in den vom nationalsozialistischen Deutschland besetzten Ländern, versuchten die Kommunisten ab 1941 beharrlich, die Regie des Widerstands gegen die „faschistischen“ Okkupanten zu übernehmen. Bei der Befreiung taten sie alles, um als führende antifaschistische und patriotische Kraft zu erscheinen. Auch in diesem Punkt wird das Erbe heute sichtbar: Angesichts der Erfolge des Nationalpopulismus in Europa präsentieren sich die KPen als die einzig wahren Antifaschisten.

Die Vereinnahmung des Antifaschismus und des Widerstands markierte den Übergang in eine weitere Phase der Entwicklung: Die kommunistischen Parteien veränderten sich Anfang der 50er Jahre nochmals: Sie brachten neue Identitäten und politische Arbeitsweisen hervor, die den geopolitischen Wandel der 80er Jahre teilweise überlebt haben. Ein organisatorisches Element, das in embryonalem Zustand fortbesteht, ist das System der „Frontorganisationen“. Sie wirken bis heute auf den Feldern des Friedenskampfes (*Weltfriedensrat*) und des Antifaschismus (*Internationale Föderation der Widerstandskämpfer* [FIR], Lagerkomitees).

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges standen alle legalen kommunistischen Parteien auf zwei Säulen. Die erste Säule bestand im ideologischen Endziel der „klassenlosen Gesellschaft“ und den damit verbundenen, von Lenin und Stalin verbindlich formulierten Grundsätzen. Die sich auf die „Kirchenväter“ Marx und Engels berufende Doktrin des Marxismus-Leninismus war mit organisatorischen Prinzipien wie dem „demokratischen Zentralismus“ und strategischen Leitlinien wie der bedingungslosen Unterstützung der Sowjetunion und ihrer Interessen verbunden. Die zweite Säule umfasste all das, was die kommunistischen Parteien in den Gesellschaften ihrer Heimatländer aufgesogen hatten – alle Kräfte und Traditionen, von denen sie sich genährt hatten, bevor sie in die Rolle eines echten politischen, sozialen und kulturellen Akteurs geschlüpft waren. Dieses System gebar zwischen 1930 und 1950 die eigentliche

kommunistische Identität.¹² Auf diese Weise funktionieren die traditionstreuen Parteien nach wie vor (dies gilt etwa für die *Kommunistische Partei Österreichs* [KPÖ], die *Kommunistische Partei Griechenlands* [KKE], die *Kommunistische Partei Portugals* [PCP], die italienische *Rifondazione Comunista* sowie die zypriotische *Linke Neue Kraft* [AKEL]). Die reformierten Parteien (wie PDS und PCF) haben einige Elemente beibehalten (Apparat, Milieus, Aspekte der Ideologie wie die Klassenanalyse und den Gramscismus). Andere Parteien (vom Typ rot-grün) stützen sich nur noch auf die zweite Säule (radikalsozialistischer Transformismus der Gesellschaften mit ökologischem Anstrich).

Zum besseren Verständnis dieser komplexen Entwicklung empfiehlt sich ein Blick auf den PCF in Frankreich.¹³ Das Selbstverständnis des französischen Kommunismus ist zwar spezifisch und daher einmalig. Dennoch ist es für das Verständnis der Entwicklung der meisten europäischen KPen bis zur Implosion des sowjetischen Systems in den Jahren 1989 bis 1991 aufschlussreich. Es ist ein Musterbeispiel für den Versuch vieler kommunistischer Parteien Westeuropas, sich an eine neue politische Lage und eine veränderte geopolitische Konstellation anzupassen.

In Frankreich war die KP völlig stalinisiert. Dies wirkte bis in die späten 80er Jahre im Parteiapparat nach und findet sich heute noch am traditionalistischen Parteiflügel – etwa im Parteiverband von Pas-de-Calais und diversen Zirkeln wie *Kommunistische Koordination* und *Erich-Honecker-Kreis*. Dennoch war sie von 1934/35 an eine Massenpartei. Diesen Apparat von 300 000 Mitgliedern und 72 Abgeordneten (1939) oder von 700 000 Mitgliedern (1978, Parteiangaben) und 86 Abgeordneten kann man nicht allein mit der Beschreibung ihrer teleologischen Dimension erklären. Die Wurzeln ihres Erfolges liegen sehr viel tiefer: Sie erfassen die verschiedenen Ebenen ihrer „internen Geschichte“ (Apparat und Kader) ebenso wie Ideologie und Strategie. Der wahre Grund für die politische Kraft des PCF über Jahrzehnte hinweg – und auch für sein politisches Überleben, trotz der sich seit 1999 verschärfte Krise – ist aber ein anderer: die langjährige Existenz engster Beziehungen der Partei zu sozialen und lokalen Gemeinschaften (Gemeinden, Industriezweige, Milieus großstädtischer Vororte, aber auch die bäuerliche Bevölkerung in protestantischen Gegenden), die sie erfolgreich durchdrungen hatte. Dieses Modell findet sich – reduziert, aber lebendig – in Portugal, Italien, Spanien (trotz der Zersplitterung der KP), Griechenland, auf Zypern und in gewisser Weise auch in den östlichen Ländern Deutschlands. Eine solche gesellschaftliche Einbindung benötigen die rot-grünen Parteien nicht, da sie um die „neuen sozialen Bewegungen“ und um das Thema Ökologie angesiedelt sind. Eine Ausnahme bildet Finnland, wo der „Waldkommunismus“ Spuren hinterlassen hat.

12 Vgl. Bernard Foutrier, *L'identité communiste: La psychanalyse, la psychiatrie, la psychologie*, Paris 1995, S. 125 ff.

13 Vgl. Marc Lazar, *Le communisme, une passion française*, Paris 2002.

Drei zunächst aufeinander folgende, später gleichzeitig vorhandene Typen des kommunistischen Selbstverständnisses des PCF werden so erkennbar. Es handelt sich um Identitäten, die bis 1990 auch auf zahlreiche andere KPen Europas anwendbar und teilweise aktuell geblieben sind:

1. *Vereinnahmte Identitäten*: Den kommunistischen Parteien war es in Frankreich, Österreich, der Schweiz, Belgien, den Niederlanden und in Luxemburg gelungen, seit ihrer Gründung Anfang der 20er Jahre Gemeinschaften oder Gruppen mit traditionell radikalisierten Identitäten für sich zu vereinnahmen: bestimmte rote ländliche Gebiete, einige Arbeiterzentren und gewerkschaftlich-revolutionäre Zirkel.
2. *Erfundene und geschaffene Identitäten*: Zwischen 1918 und 1931 erlebte Frankreich, wie zahlreiche andere europäische Länder, einen starken Industrialisierungsschub, der sich von umfangreichen Immigrationswellen nährte: Die Landflucht im Innern wurde ergänzt durch die Zuwanderung von Gastarbeitern aus dem Ausland (Italiener, Polen, Spanier usw.). Diese neue Arbeiterklasse sammelte sich in den neu entstandenen industriellen Ballungszentren (Schwerindustrie, Metallverarbeitung, Hochöfen, Bergwerke, Chemie). Die Lage der Arbeiter war zunächst sehr instabil und spitzte sich durch die aufkommende Wirtschaftskrise ab Anfang der 30er Jahre dramatisch zu. Der PCF verankerte sich wie zahlreiche andere KPen zwischen 1933 und 1937 massiv in diese Arbeitermilieus (hauptsächlich ungelernete, angelernte Arbeiter, aber auch kleine Angestellte und arme Bauern). Die Streiks von 1936 bildeten dabei einen entscheidenden Höhepunkt. Die kommunistischen Parteien offerierten der gesamten „Arbeiterklasse“, insbesondere der Jugend, eine neue Identität. Sie war vornehmlich sozialer Natur und konzentrierte sich auf die Verteidigung und Absicherung der Arbeitsplätze, der Kaufkraft und des Arbeiterstatus. Die Wahrung dieser Belange wurde häufig von den sehr aktiven und mächtigen Gewerkschaften unterstützt, in Frankreich beispielsweise von der *Confédération Générale du Travail* (CGT). Der zweite Aspekt der Identität war territorialer Art und wurzelte in den seit 1935 reihenweise eroberten kommunistischen Stadtverwaltungen. Schließlich bestand noch eine dritte Identitätsform: der kollektive und persönliche Aufstieg, der hier und jetzt zwar nicht vollzogen werden konnte, dem die KPen aber den sowjetischen Mythos einer verwirklichten Arbeitermacht entgegensetzten. In dieser Konstellation der Euphorie dank hoher Anhängerzahlen und guter Wahlergebnisse innerhalb einer sich stabilisierenden „Arbeiterklasse“ gelang es vielen KPen, eine kommunistische Arbeiteridentität zu entwickeln. Zu dieser Zeit bildeten sich auch die Apparate, die 1989 untergingen oder trotz organisatorischer Krise bis heute unterhalten werden und die Führungskader der derzeitigen KPen auswählen (z. B. bei den KPen Frankreichs, Italiens, Spaniens, Zyperns und der Schweiz).
3. *Radikalisierte Identitäten*: Dank ihrer Rolle im Widerstand gegen die nationalsozialistischen Besatzer ab Sommer 1941 gelang es den kommunistischen

Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg, auch andere Gruppen an sich zu binden, deren sozialistisches, pazifistisches, antifaschistisches, linkschristliches Selbstverständnis durch Krieg, Kollaboration der bürgerlichen Kräfte mit den deutschen Besatzern und durch das Los der Gefangenen und Deportierten radikalisiert worden war.¹⁴ Diese Gruppen sahen in den Kommunisten, die sich in ihrem Patriotismus, ihrem Märtyrertum, ihrer Beteiligung an vielen unmittelbaren Nachkriegsregierungen und ihrer Solidarität mit der Sowjetunion (die zur einzigen wahren Siegerin über den Nationalsozialismus erklärt wurde) sonnten, die erneuernde, unabhängige und ehrliche große Kraft der Zukunft. Auch heute ist dieses Erbe in einigen Bereichen lebendig: Die pazifistische Strömung beispielsweise betont ihre Unabhängigkeit, die KPen verfügen jedoch über zahlreiche organisatorische und ideologische Zugänge. Dies gilt für den Antifaschismus, aber ebenso für den (neu entflammten) Antiimperialismus/Antiamerikanismus.

Ab 1944/45 verschmolzen diese drei Identitäten in einem echten kommunistischen Identitätsgefüge, das sich um den harten Kern der eigentlichen kommunistischen Arbeiteridentität gruppierte. KP-Führer wie Maurice Thorez in Frankreich oder Palmiro Togliatti in Italien gelang es dank ihrer politischen Begabung, die für diese Verschmelzung nötigen Synergien zu erzeugen. Sie hatten es geschafft, um den harten Kern der Arbeiter breite Schichten von Kleinbauern, Intellektuellen, Lohnempfängern aller Art (Angestellte, Beamte usw.) zu scharen und fest auszurichten. Bis Anfang der 80er Jahre war dies der entscheidende Erklärungsfaktor für den Einfluss des französischen oder italienischen Kommunismus. Weder der Abgang dieser Führer noch die Entstalinisierung konnten Tiefe und Festigkeit dieser Identität erschüttern. Wo sich diese Synergien nicht entwickelten, begann der Niedergang der KPen (Österreich, Deutschland, skandinavische Länder, England usw.).

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begnügte sich der PCF – wie auch viele andere zugelassene, nicht im Untergrund operierende KPen Europas – mit der Verwaltung des Errungenen. Sie konzentrierten sich also auf die „Arbeiterklasse“ und ihre proletarische Kultur. Eine Ausnahme bildete Italien (was das Phänomen des *Partito Democratico della Sinistra* [PDSi] und der Abspaltung der *Rifondazione* erklärt), wo die bürgerlichen Intellektuellen unter dem Einfluss des Gramscismus zum Objekt einer systematischen und von Erfolg gekrönten propagandistischen Anstrengung wurden. Die kommunistische Fixierung auf den Mythos der „Arbeiterklasse“ hatte zudem das natürliche Arbeiterbewusstsein verstärkt; der Hauptbegriff der Epoche war der „Klassenstandpunkt“. Dieser zeigte sich vor allem darin, dass die Söhne der Arbeiter nach nichts anderem strebten, als in die Fabrik zu gehen wie ihre Väter. Es genügte der kommunistischen Verwaltung, der nächsten Generation eine Aufstiegsmöglichkeit innerhalb der „Arbeiterklasse“ anzubieten, im Apparat, in den Gewerkschaften und

14 Vgl. Gilles Vergnon, *Les gauches européennes après la victoire nazie. Entre planisme et unité d'action, 1933–1934*, Paris 1997, S. 27 ff.

in den Verwaltungen der Parteibetriebe. Diese Einstellung begünstigte den Immobilismus innerhalb der Arbeitergemeinschaften. Indem der PCF (wie die KPen Italiens, Luxemburgs und Belgiens) das Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft förderte, schloss er diese in ein doppeltes Ghetto ein: ein soziales Ghetto, das die manuelle Arbeit zum zentralen Wert der Arbeitswelt machte, und ein lokales Ghetto, das die kommunistischen Stadtverwaltungen als eigenständige Überlebensnischen eingerichtet hatten, die zur Reproduktion der Arbeiteridentität in geschlossenen Räumen beitrugen.

Trotz dieser Sicherheiten fanden Anfang der 60er Jahre grundlegende Veränderungen statt, die die territoriale und gemeinschaftliche Arbeiterwelt betrafen und die kommunistischen Hochburgen erschütterten: Die Arbeiter entdeckten die Privatsphäre und opferten dafür die (freiwilligen oder erzwungenen) gemeinschaftlichen Bindungen. Damit stellten sie die kommunistische Identität in ihrem Kern in Frage. Diese Erschütterungen haben entscheidend zur Modernisierung der kommunistischen Parteien beigetragen. Da ein großes und militantes Wählerpotential existierte, haben es diese Verwerfungen den KPen ermöglicht, nach 1989 zu überleben.

Die 68er-Bewegung sollte das Fundament des kommunistischen Gebäudes überall in Europa unterspülen, unabhängig von der Machtstellung der jeweiligen KPen in ihren Gesellschaften. Zwar erweckte sie oberflächlich den Eindruck einer von der Jugend geforderten Rückkehr zu den alten revolutionären Arbeiterutopien. In Wirklichkeit aber kennzeichnete sie den Beginn einer wahren Revolution, einer Umwälzung der Gebräuche, politischen Verhaltensweisen und sozialen Beziehungen. Der Eindruck, es handele sich um eine Bewegung, die den kommunistischen Parteien zugute kommen würde, war unzutreffend. Plötzlich verlangten und strebten die jungen Arbeiter nach Selbstentfaltung. Der Kampf gegen jede Autorität, ob Familie oder Unternehmer, ob Partei oder Gewerkschaft, wurde zum Leitmotiv dieses Aufbruches. Gleichzeitig mussten alle KPen und die ihnen verbundenen Gewerkschaften sich mit massiver linker Kritik an der Kompromissbereitschaft des PCF oder der KP Italiens im Mai/Juni 1968 auseinandersetzen.

Überall in Europa wurden die KPen von einer linksextremistischen Konkurrenz bedrängt, die hauptsächlich durch das Aufkommen maoistischer Gruppierungen gekennzeichnet war. Diese linken Mitbewerber nahmen den „mächtigen Parteien der Arbeiterklasse“ ihren Nimbus. Sie zwangen die großen wie die kleinen „orthodoxen“ europäischen KPen, sich neu zu orientieren. Die linke/links-extremistische Welle schwächte auf lange Sicht das kommunistische Lager. Alle KPen, ob in ihren Gesellschaften verwurzelt oder nicht, gerieten unter erheblichen äußeren Druck. Sie waren gezwungen, sich für Themen zu interessieren, die nach 1989 zentrale Bedeutung erlangen sollten: vor allem die Frauenfrage, die Stellung der Intellektuellen und die Ökologie. Es handelte sich um viel mehr als nur um die Erschließung neuer semantischer Felder. Die Parteien waren gezwungen, sich in neue Organisationsformen zu integrieren, die Gift waren für das traditionelle Modell einer demokratisch-zentralistischen Avantgardepartei.

Diese Erfahrung sollte sich mehrfach wiederholen. Mit jedem Mal wurde das alte Modell der „Partei der Arbeiterklasse“ stärker beschädigt. Nach 1989, insbesondere ab 1994, entdeckten die meisten KPen die überlebenden linken (meist trotzkistischen) Gruppen. Sie stellten fest, dass jene kompatibel waren mit dem, was man in Frankreich einen „Pol der Radikalität von links“ genannt hat. Ab 1998 erschien ein weiterer Akteur auf der politischen Bühne: die Bewegung der Globalisierungskritiker, deren Charakteristikum ihre starke Dynamik und zunehmende Attraktivität ist. Um zu überleben, mussten die KPen immer wieder neue Praktiken und ideologische Positionen übernehmen. Damit wurde ihr Bild bei den Wählern unscharf. Gleichzeitig vervielfachten sich die internen Spannungen zwischen Mitgliedern, Apparat und Führung.

Diese Entwicklung hatte tiefreichende Ursachen und wurde von der Wirtschaftskrise, die sich 1974 bemerkbar machte, beschleunigt. Ihre Auswirkungen erfassten alle KPen, auch die erst kurz zuvor in Spanien und Portugal legalisierten. Die soziologischen Stützen des PCF sowie der KPen Italiens, Großbritanniens, Luxemburgs und Belgiens wurden von dieser Entwicklung getroffen. Die Arbeiterhochburgen und die dortigen Industrien (Bergbau, Stahlproduktion, Schiffbau) befanden sich in einer Phase des Umbruchs. Die Arbeiterschaft schmolz dramatisch, verlor an Homogenität, büßte Zusammenhalt und Gemeinsamkeiten ein. In Frankreich und Belgien besteht sie seither zu einem Viertel aus Gastarbeitern, ferner aus zahlreichen ungelerten Arbeitskräften (Jugendliche, Frauen) und immer mehr Arbeitslosen. Kurz gesagt: Was die Weltwirtschaftskrise von 1929/30 geboren hatte, wurde Mitte der 70er Jahre von einer weiteren wieder aufgelöst. Die kommunistische Arbeiteridentität geriet überall in Europa in Bedrängnis.

In Frankreich, Belgien oder Luxemburg sind die Bezüge dieser Krise leicht nachvollziehbar. In den 20er und 30er Jahren stabilisierte sich die von der „bürgerlichen“ Gesellschaft diskriminierte kommunistische Arbeiterschaft. Mit Hilfe der Kommunisten bauten die Arbeiter eine eigene kollektive Identität auf. In einer zweiten Phase – in den 40er bis 60er Jahren – fühlte sich diese Gruppe aufgrund ihres Engagements in der Résistance als integrierter Teil der Nation. Dennoch handelte sie ihre Beziehungen zur Gesellschaft weiterhin kollektiv aus, sowohl im politischen (durch die KPen) als auch im sozialen Bereich (durch die kommunistisch beeinflussten Gewerkschaften, die in diesen Ländern Jahrzehnte lang die einzig aktiven Arbeitergewerkschaften waren). In einer dritten Phase fühlten sich große Teile dieser Gemeinschaften stark genug, den persönlichen gesellschaftlichen Aufstieg zu wagen, der eine Integration in die Gesellschaft und eine Änderung der sozialen Schichtzugehörigkeit mit sich bringt. Arbeiter- und Bauerngemeinschaften benutzten also die KPen als Integrationsvektor, als sanfte Einstiegsmöglichkeit für den Übergang in die Moderne. Weil sich die Parteianhänger jedoch in die Gesellschaft integrierten, setzte ein interner Zerfallsprozess des kommunistischen „Vektors“ ein: Er hatte seinen Nutzen verloren. Die Solidität des kommunistischen Systems, verkörpert in der Herrschaft der KPdSU, überdeckte die Krise. Das Ende des Sowjetkommunis-

mus zwang schließlich die Führungsapparate zu einer Reihe ideologischer und organisatorischer Veränderungen.

Mit der Ausnahme Italiens, wo die KP ein höheres Maß ideologisch-strategischer Flexibilität bewies als in anderen westeuropäischen Demokratien, waren die Auswirkungen bei den Wählern noch gravierender. Die Menschen waren immer weniger bereit, aus rein politischen oder „Traditionsgründen“ für eine Gemeinschaft zu agieren, der sie sich nicht mehr zugehörig fühlten. Auch bei Wahlen folgten sie persönlichen Interessen. Zu den Grundpfeilern kommunistischer Identität gehörte die Stimmabgabe für die KP. Aber seit Anfang der 80er Jahre wurde immer deutlicher, dass sich kommunistische Wähler überall in Europa die Freiheit ihrer Entscheidung zurück eroberten. Dabei gingen und gehen sie mit ihrer Stimme differenziert um und ziehen die Art der Wahl und die Zeit- und Ortsumstände in Betracht, wie Umfragen in verschiedenen Ländern beweisen. Durch diesen Modernisierungsprozess hat sich die kommunistische Loyalität bei der Stimmabgabe teilweise selbst banalisiert und marginalisiert, oder sie ist einfach erloschen. Damit war jedoch keineswegs ein linearer Abstieg nach 1989 programmiert.

Ende der 80er Jahre befand sich die kommunistische Bewegung am Wendepunkt. Ihr wirklicher Einfluss innerhalb Gesamteuropas war deutlich zurückgegangen, im parteipolitischen wie auch im gewerkschaftlichen Bereich. Ihre Identität reduzierte sich auf eine vage Zukunftsvision, und selbst diese wurde von Gorbatschow in Frage gestellt, ihre Notwendigkeit negiert. Der Zusammenbruch des Sowjetsystems erfasste die KPen mit voller Wucht und zwang sie, ihr Selbstverständnis und ihre eigene Geschichte zu überdenken und abzuschätzen, in welcher Weise ihr organisatorisches, gemeinschaftliches, utopisches oder gewerkschaftliches Erbe dem Überleben dienlich sein könnte.

III. Stabilisierungsversuche: Eine widersprüchliche Bilanz

Der europäische Kommunismus schien 1990/91 nicht mehr zu retten. Mehrere Faktoren stützten jedoch die KPen bei der Wiedergewinnung ihrer ideologischen Legitimität. Die Meinungsumfrage „10 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer“ ist erhellend.¹⁵ Die grundsätzlichen Botschaften sind eindeutig. Neben den Unterschieden zwischen den westlichen Ländern und denjenigen des frühe-

15 Tabelle: Meinungsumfragen: Beurteilen Sie diese Begriffe positiv oder negativ? Technische Daten: Exklusive Umfrage von CSA/Courrier international, telefonisch durchgeführt am 22. und 23. Oktober 1999, neben einer französischen repräsentativen Erhebung bei 1002 Personen im Alter von mindestens 18 Jahren, erstellt im Quotenverfahren (Geschlecht, Alter, Beruf des Haushaltsvorstandes), nach Stratifikation in Regionen und Größe des Wohnorts. Die übrigen europäischen Umfragen wurden durchgeführt in Deutschland für „Die Woche“ von Forsa vom 25. bis 27. Oktober (1008 Personen); in Italien für „Internazionale“ von Datamedia, am 26. Oktober (1000 Personen); in Russland für „Obchtchaia Gazeta“ von VCIOM, vom 15. bis 19.

ren Ostblocks – oder auch zwischen West- und Ostdeutschland – gelten vom Atlantik bis zum Ural zwei Grundtendenzen: Die befragten Europäer glauben an die positiven Auswirkungen des Mauerfalls. Die große Mehrheit von ihnen ist der Überzeugung, dass dieses Ereignis und die ihm folgende Dekade ein höheres Maß an Demokratie, politischen Freiheiten und Frieden hervorgebracht haben. Niemand hat Sehnsucht nach der Epoche des Kalten Krieges.

Tabelle 1: Die weltweiten Folgen nach dem Fall der Mauer sind ...

In %	sehr positiv	eher positiv	Summe positiv	sehr negativ	eher negativ	Summe negativ
Frankreich	16	64	80	2	11	13
Italien	22	51	74	5	11	16
Deutschland	9	59	68	3	21	24
* West			68			25
* Ost			73			20
Russland	16	52	68	5	16	21
Ungarn	22	53	73	2	10	12
Polen	33	47	80	1	5	6

Im Gegensatz hierzu enthüllen die Antworten im Westen große Sorge in Bezug auf den Alltag und die Zukunft der Gesellschaften, die scharfe Ablehnung des siegreichen und „zügellosten Kapitalismus“ der 90er Jahre.

Tabelle 2: Was hat sich in Ihrem Land nach dem Fall der Mauer verbessert oder verschlechtert?

Westen	Franzosen		Italiener		Deutsche		Westdeutsche		Ostdeutsche	
	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-
Kultur	71	16	56	17	41	18	39	17	51	23
Demokratie	56	24	20	45	37	29	34	30	50	26
Wirtschaftliche Lage	46	42	31	54	24	54	20	57	42	42
Gleichheit der Bürger	38	47	26	30	16	44	17	40	11	63
Soziale Lage	37	50	28	39	12	65	11	64	18	66
Politische Lage	36	41	23	53	19	53	17	54	29	49
Sicherheit	36	51	11	67	15	52	16	49	8	68
Rassismus	33	48	29	40	9	65	10	64	5	73
Der Einfluss der Schwerkriminalität	25	52	12	71	7	74	8	72	3	80
Korruption	17	64	13	47	3	61	4	59	3	69

Oktober (1 600 Personen); in Ungarn für „Magyar Nemzet“ von Gallup Ungarn, vom 7. bis 10. Oktober (1 076 Personen); in Polen für „Gazeta Wyborcza“ von CBOS, vom 20. bis 25. Oktober (1 000 Personen).

Hinzu kommen schwere Bedenken angesichts der fortschreitenden Globalisierung. Kurz gesagt, der Triumph des „Kapitalismus“ hat nicht alle Probleme beseitigt; ein Korrektiv erscheint vielen notwendig und erwünscht. Die KPen und ihre rot-grünen Varianten werden nicht mehr wie im Kalten Krieg durchgängig als Element der Bedrohung gesehen. Manchen gelten sie als legitime Partner bei der Bewältigung der globalen Veränderungen.

Tabelle 3: Beurteilen Sie diese Begriffe positiv oder negativ?

Westen	Gruppe der Franzosen		Gruppe der Italiener		Gruppe der Deutschen		Westdeutsche		Ostdeutsche	
	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-
Sozialdemokratie	50	27	34	20	69	18	69	18	69	21
Globalisierung	50	39	44	21	46	31	47	32	42	29
Nationalismus	38	50	28	43	14	74	15	73	10	77
Kapitalismus	34	56	19	51	26	59	28	58	18	64
Kommunismus	18	71	17	48	10	76	8	81	21	57

Davon profitierten die Kommunisten zunächst wegen ihres traditionellen Antikapitalismus. Mittelfristig schuf die Angst vor der Globalisierung allerdings neue Akteure vom Typ *ATTAC*. Die Bürger hatten erkannt, dass die KPen bei ihren antikapitalistischen Aktionen Gefangene der eigenen Organisationslogik waren: Sie wollten die antikapitalistische Grundstimmung instrumentalisieren – in der Hoffnung, sich so zu erholen. Gleichzeitig entschieden sie sich in Frankreich, Deutschland und Italien zur Regierungszusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Deshalb erschien ihr Diskurs zumindest widersprüchlich.

Dieser zweite Parameter spielt eine wichtige Rolle: die Regierungsbeteiligungen sowie der Wandel der politischen Systeme Italiens, Frankreichs, Finnlands, Hollands, Schwedens und natürlich Deutschlands. Fast überall fand sich Ende der 1990er Jahre eine ähnliche Konstellation: An die Macht gekommen waren sozialdemokratische oder sozialistische Parteien in Bündnissen mit anderen Kräften der Linken. Zu diesen gehören auch die (mehr oder weniger reformierten) Kommunisten. Die sozialistischen Parteien hatten die Fähigkeit der Kommunisten, in ihren politischen Systemen zu überleben, genau registriert. Sie waren entschlossen, den potentiellen Nutzen der kommunistischen Formationen zu erproben. So wurden Wahlbündnisse und gemeinsame Regierungen auf den Weg gebracht.

Die Annäherung der beiden Lager war durch eine Anzahl von Faktoren ermöglicht worden. An erster Stelle zu nennen ist die Historisierung des Kommunismus. Die Veröffentlichung des „Schwarzbuches des Kommunismus“ beschleunigte diese Entwicklung, war aber nicht ihr Auslöser. Eine Art geschichtlicher Bewältigungsprozess hatte bereits 1990 begonnen. Da die Verbrechen des sowjetischen Kommunismus nicht zu leugnen waren, wurden sie von allen kommunistischen/postkommunistischen Parteien partiell anerkannt.

Allerdings lehnten PDS, PCF, Rifondazione Comunista und praktisch alle anderen KPen den Terminus „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ ab. Zudem blieb die Haltung in dieser Frage zwiespältig: Die Liquidation nach Moskau geflohener kommunistischer Kader und die Verbrechen Stalins wurden anerkannt. Die große Hungersnot in der Ukraine dagegen galt als Auswirkung des Bürgerkriegs und keineswegs als gezielte Bauernvernichtung.

Trotz dieser Zwiespältigkeit schälte sich eine gemeinsame Position von KPen, Sozialisten und (teilweise) Sozialdemokraten heraus: Das sowjetische Lager habe die kommunistischen Ideale pervertiert. Im westlichen demokratischen Lager hingegen seien sie – als eine Art radikaler Humanismus – Ausdruck einer ehrenhaften Einstellung. Das gemeinsame Ziel von Sozialisten und Kommunisten sei die Errichtung einer neuen Demokratie, welche die aktuellen Veränderungen berücksichtigen und Gerechtigkeit schaffen werde. In Frankreich und Italien gingen die Sozialisten am Ende des 20. Jahrhunderts in dieser Weise auf die KPen zu, und diese akzeptierten das Angebot, ohne dessen langfristige Risiken für die eigene Identität zu erkennen.

Die neuen KPen leisteten einen ideologischen Beitrag zu diesem Kompromiss. Die reformorientierte Linke schlug den KPen vor, sich auf kapitalismuskritische Aktivitäten zu spezialisieren, weil ihre Regierungstätigkeit die Wahrnehmung derartiger Aufgaben untersage, und zogen sich hinter die Formulierung Saint Exupéry's zurück: „Der Unterschied zu dir bereichert mich“. Der Utilitarismus im Kalkül der demokratischen Linken war unübersehbar: Die KPen dienten als Ideenreservoir, aber gleichzeitig auch als eine Art Frühwarnsystem für soziale Protestbewegungen. Die KPen waren in Regierungsbündnissen und anderen Koalitionen gefangen. Sie spielten dieses Spiel mit und dienten dazu, soziale Spannungen und Konflikte zu kontrollieren und zu integrieren.

Dies erwies sich für die KPen als eine Falle, verloren sie doch ihre Glaubwürdigkeit. Die Wähler nahmen sie als Verbündete des Systems wahr. Gleichzeitig verlor ihr Antikapitalismus an Überzeugungskraft. Damit war dieses Feld frei für andere Akteure. Auf den Plan traten andere Formationen der extremen Linken, deren Stärke in Europa insgesamt zunahm. Neben Trotzlisten, die in Frankreich von der Krise des PCF profitierten, sorgten extremistische Globalisierungsgegner vom Typ *People's Global Action* ebenso für Aufsehen wie gemäßigte Formationen vom Typ *ATTAC*. Wenn sich die Wähler für einen Regierungswechsel entschieden – wie in Frankreich und Spanien –, standen die Kommunisten nackt da: ideologisch verarmt, organisatorisch gespalten, bei Wahlen in Konkurrenz mit dynamischen neuen Akteuren.

Die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien gingen aus dieser Zusammenarbeit als Gewinner hervor: Die KPen wurden alles in allem deutlich geschwächt. Sie profitierten nur wenig von der Kooperation: Ihre Qualifikation als „extremistisch-revolutionär“ wurde definitiv aufgegeben, ihre Verbindung zum Sowjetkommunismus als historisch überholt abgetan. Die Linke konnte sich auf die populistische extreme Rechte konzentrieren. Dennoch kam es nicht zum Bruch zwischen Sozialisten und Kommunisten: Letztere funktionieren wei-

terhin als gezähmtes Protestventil. Die KP-Vorstände akzeptieren diese Rolle zähneknirschend. Die (post-)kommunistischen Parteien befinden sich in einer Sackgasse, aus der niemand einen Ausweg kennt. Für diejenigen unter ihnen, die in der Opposition zur Sozialdemokratie verharrten, ist die Lage nicht günstiger: Der Konkurrenzdruck der neuen Akteure, z. B. der Globalisierungskritiker, aber in einigen Ländern auch der nationalistischen/populistischen Rechten, ist stark. Die Spannungen zwischen den Flügeln nehmen zu, die soziologische Basis der Arbeiterschaft wird schmaler. Die Gewerkschaften verlieren an Mitgliedern und entfernen sich zugleich immer mehr von kommunistischen Vorstellungen.

Wie sieht es auf der Wählerebene aus? Hier ergibt sich ein sehr komplexes, widersprüchliches Bild, das von Land zu Land differiert. Die langfristige Tendenz zeigt klar den Niedergang der KPen, vergleicht man die Wahlergebnisse der 70er und 80er Jahre mit denjenigen der 90er. In Italien, Frankreich, Spanien und Portugal vertraten die KPen bis zu einem Viertel der Wähler. Heute erreichen sie noch einen Stimmenanteil zwischen 5 und 10 Prozent. Die zyprische KP bildet eine bemerkenswerte Ausnahme. Aber in den letzten Jahren gelang es keiner einzigen westeuropäischen KP, bedeutende Stimmengewinne auf nationaler Ebene zu erzielen. Immerhin konnten sich viele KPen, ob reformiert oder nicht, auf bescheidenem Niveau stabilisieren. Dies gilt für Italien, Portugal und Frankreich (bis 2000). Mitunter wurden leichte Terraingewinne verbucht. Das gilt für die deutsche PDS (bis 2002) aufgrund ihres noch immer beachtlichen Einflusses in den östlichen Ländern, aber auch für die rot-grünen Formationen in Finnland und Holland. Zählt man die Wahlergebnisse aller westeuropäischen KPen zusammen, ergibt sich ein Durchschnittswert von 3–4 Prozent.

Tabelle 4: Wahlergebnisse der kommunistischen/postkommunistischen Parteien in Europa

Land, Wahl	%	Sitze
<i>Österreich: Nationalrat (24. 11. 2002)</i>		
Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)	0,6	
<i>Dänemark: Folketing (20. 11. 2001)</i>		
Socialistisk Folkeparti (Sozialistische Volkspartei - SF)	6,4	12
Radikale Venstre (Radikale Linkspartei - RV)	5,2	9
<i>Finnland: Eduskunta (16. 3. 2003)</i>		
Vasemmistoliitto/Vänsterförbundet (Linksbund - VAS/VÄNST)	9,9	19
<i>Frankreich: Präsidentschaft (21. 4. 2002)</i>		
Robert Hue (Parti Communiste Français, Französische Kommunistische Partei - PCF)	3,4	
Daniel Gluckstein (Parti des Travailleurs, Arbeiterpartei - PT)	0,5	

Land, Wahl	%	Sitze
Arlette Laguiller (Lutte Ouvrière, Arbeiterkampf - LO)	5,7	
Olivier Besancenot (Ligue Communiste Révolutionnaire, Revolutionäre Kommunistische Liga - LCR)	4,2	
<i>Assemblée Nationale (9. und 16. 6. 2002)</i>		
Parti Communiste Français (Französische Kommunistische Partei - PCF)	4,8	21
Ligue Communiste Révolutionnaire (Revolutionäre Kommunistische Liga - LCR)	1,3	
Lutte Ouvrière (Arbeiterkampf - LO)	1,2	
<i>Deutschland: Bundestag (22. 9. 2002)</i>		
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	4,3	2
<i>Griechenland: Vouli ton Ellino (9. 4. 2000)</i>		
Kommounistiko Komma Ellados (Kommunistische Partei Griechenlands - KKE)	5,5	11
Sinaspismos tis Aristeras ke ti Proodu (Fortschritts- und Linkskoalition - SIN)	3,2	6
<i>Italien: Camera dei Deputati (13. 5. 2001)</i>		
Rifondazione Comunista (Kommunistische Neugründung - RC)	5,0	11
<i>Senato della Repubblica (21. 4. 1996)</i>		
Rifondazione Comunista (Kommunistische Neugründung - RC)	5,0	3
<i>Niederlande: Tweede Kamer (22. 1. 2003)</i>		
Groen Links (Grüne Linke - GL)	5,1	8
<i>Norwegen: Stortinget (10. 9. 2001)</i>		
Venstre (Linke - V)	3,9	2
<i>Portugal: Präsidentschaftswahl (14. 1. 2001)</i>		
António Simões de Abreu (Partido Comunista Português, Portugiesische Kommunistische Partei PCP)	5,1	
<i>Assembleia da República (17. 3. 2002)</i>		
Coligação Democrática Unitária (Vereinigte Demokratische Koalition - CDU)		
- Partido Comunista Português	7,0	12
- Partido Ecologista Os Verdes (Ökologische Partei der Grünen)		
<i>Spanien: Congreso de los Diputados und Senado (12. 3. 2000)</i>		
Izquierda Unida (Vereinigte Linke - IU)		
- Partido Comunista de España (Kommunistische Partei Spaniens)	5,5	8
- Partido de Acción Socialista (Partei der Sozialistischen Aktion)		

Land, Wahl	%	Sitze
<ul style="list-style-type: none"> - Izquierda Republicana (Republikanische Linke) - Esquerra Unida i Alternativa - Partit Socialista Unificat de Catalunya (Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens) - Partit dels i les Comunistes de Catalunya (Partei der Katalonischen Kommunisten) - Candidatura Unitaria de Trabajadores (Vereinigte Arbeiterkandidatur) - Berdak-Les Verds 		
<i>Schweden: Riksdag (15. 9. 2002)</i>		
Vänsterpartiet (Linkspartei - VP)	8,3	30
<i>Schweiz: Nationalrat (19. 10. 2003)</i>		
Partei der Arbeit der Schweiz - PdA	0,7	2
<i>Zypern: Nationalrat (27. 5. 2001)</i>		
Linke Neue Kraft - AKEL	34,7	20

Zur genaueren Beurteilung der Wahlentscheidung für die Kommunisten genügt jedoch dieser erste Aspekt nicht. Vielmehr müssen die Gründe auf regionaler und kommunaler Ebene untersucht werden. Hinzu kommen sektenartige Erscheinungen wie in Finnland.

Die Wahlentscheidung für die Kommunisten wurde etwa im Jahr 2003 von sehr unterschiedlichen Faktoren bestimmt. Auf regionaler Ebene gibt es Zonen mit kommunistischen Wahlergebnissen, die von langlebigen Traditionen geprägt sind. In Frankreich ist ein agrarischer Kommunismus in protestantischen Gebieten verwurzelt. Diese waren immer Zonen des Widerstandes gegen den Zentralstaat und gegen die katholische Kirche. In Griechenland überlebt und blüht der Kommunismus in jenen Gegenden, in denen der Bürgerkrieg (1945 bis 1949) besonders heftig gewütet hat. Man findet einen ähnlichen Effekt in Spanien in einer Reihe republikanischer Regionen, die während des Bürgerkrieges (1936 bis 1939) besonders blutig unterdrückt worden sind. Für Italien lassen sich Beispiele von Tälern/Dörfern benennen, die aus unterschiedlichen Gründen kommunistisch geblieben sind (Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht oder der Faschisten während des Bürgerkrieges von 1944; Latifundien, deren Großbesitzer sich dem Kommunismus zugewandt und die bäuerliche Bevölkerung dafür gewonnen haben). Auf kommunaler Ebene spielen die roten Vororte (wichtigstes Beispiel: der „rote Gürtel“ um Paris) eine wichtige Rolle, die sich in den 30er Jahren entwickelt und bis heute Bestand haben. Es gibt auch rote Dörfer/Kommunen. Dies gilt z. B. für die DKP, die trotz ihres nur sehr geringen politischen Gewichts noch über (wenige) lokale Bastionen verfügt. Deren Verwurzelung beruht auf den Aktivitäten mehrerer Generationen einer kommunistischen

tischen Familie. Und schließlich findet sich in den finnischen Wäldern eine erstaunliche sektenartige Form des Kommunismus, wo ganze Dörfer in geschlossenen Gemeinschaften leben, Endogamie praktizieren und ihren Idealen treu bleiben. Es besteht also ein außerordentlich buntes Mosaik, das dem zerfallenden Kommunismus eine Widerstand ermöglichende Rückzugslinie bietet.

Eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielen die kommunistisch beeinflussten Gewerkschaften. In Frankreich, Spanien, Zypern und Italien leben bestimmte Arbeitnehmerorganisationen, obwohl sie längst nicht mehr strikt von den entsprechenden KPen kontrolliert werden, in einer Art Symbiose mit ihnen. Das bekannteste Beispiel ist die CGT in Frankreich. Der Fall Österreichs ist besonders interessant, denn der kommunistische Gewerkschaftsflügel des ÖGB ist viel mächtiger, als es die Wahlergebnisse der Partei von durchschnittlich ein Prozent erwarten ließen.

Die Sozialstruktur der kommunistischen Wähler weicht nicht wesentlich von derjenigen der großen Parteien ab: Das Elektorat besteht heute zu beachtlichen Teilen aus Beamten und Angestellten. Ihren Charakter als Arbeiterparteien (also Partei der Facharbeiter und ungelernten Arbeiter) haben die KPen fast gänzlich verloren. Es sind auch nicht die Arbeitslosen, die sich im ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhundert in ihrer Mehrzahl für den Kommunismus entscheiden. Untersucht man die Wahlentscheidung nach Geschlecht, so zeigt sich eine Überrepräsentation der Männer. Seit 1995 altert die kommunistische Wählerschaft im Schnitt. Offen bleibt die Frage nach der Bedeutung der Wählertransfers zwischen der KP, der extremen Linken und nationalpopulistischen/rechtsextremen Formationen. Regionale Studien – etwa für Frankreich – belegen deren Bedeutung,¹⁶ doch lässt der derzeitige Forschungsstand es nicht zu, von einer allgemeinen Tendenz zu sprechen.

IV. Ideologische Strömungen

Innerhalb des westeuropäischen Kommunismus lassen sich am Beginn des 21. Jahrhunderts drei konkurrierende Strömungen voneinander unterscheiden. Sie weisen trotz mancherlei Überschneidungen verschiedene ideologische Merkmale auf.

Die traditionalistische Variante wird von der griechischen KKE, der KP Portugals, *Rifondazione Comunista* (nach der Abspaltung von 1999), der zypriotischen AKEL, der belgischen KP, der deutschen DKP, der *Nieuwe Communistische Partij van Nederland*, der *Sveriges Kommunistiska Parti* in Schweden, der *Kommunistisk Parti i Danmark* und der *Norges Kommunistiske Parti* in Norwegen vertreten. Die maoistischen Parteien wären noch zu nennen, ebenso aber

16 Vgl. nur Andrew F. Knapp, *Le Rouge et le Brun. Le Havre, Local Communism and „Gaucho-Lepénisme“*. In: *French Politics & Society*, 16 (1998), S. 1–12.

auch die meisten in Europa aktiven trotzkistischen Formationen.¹⁷ Diese KPen können als „archetypisch“ gelten, das heißt, sie sind revolutionär, gewerkschaftlich orientiert, internationalistisch/antiimperialistisch und avantgardistisch. Trotz aller Unterschiede in Größe und Wählerzustimmung gilt dies für alle diese Parteien. Ein weiteres Charakteristikum ist ihre Ablehnung eines Bündnisses mit sozialistischen/sozialdemokratischen Parteien. Sie sehen in Bewegungen wie ATTAC „Reformisten“ oder Konkurrenten, die sie bekämpfen oder unterwandern wollen.

Die zweite Variante lässt sich als rot-grün, linkspopulistisch und postkommunistisch charakterisieren. Sie umfasst folgende, überaus heterogene Parteien: *GroenLinks* (Niederlande), *Synaspismos* (Griechenland), *Dimokratiki Kinoniki Kinisi* (Griechenland), die dänische *Socialistisk Folkeparti*, die norwegische *Socialistisk Venstre* und schließlich die finnische *Vasemmistoliitto*. Sie alle eint die Ansicht, dass Wirtschaftswachstum ein vordringliches Ziel sei, sich jedoch ökologischen Entscheidungen unterordnen müsse. Sie beharren auf der Hierarchie ihrer Prioritäten und fordern die grundlegende Reform des liberalen Wirtschaftssystems. Unterschiede werden in der Frage des Ausstiegs aus der zivilen Nutzung der Kernenergie deutlich. Übereinstimmung besteht in den Fragen der gerechteren Verteilung des Besitzes, einer mutigen Politik der Aufteilung der Arbeit und der Aufnahme von Immigranten sowie in der Überzeugung, der Schutz der Natur erzwingen eine radikale Reform der Gesellschaft. Die Debatte bleibt offen hinsichtlich des Grades der Radikalität der sozialen Veränderungen und des jeweiligen Gewichts, das dem Schutz der Umwelt und der sozialen Umverteilung beigemessen wird. Bei einer Vielzahl anderer Themen besteht Konsens: Feminismus, Demokratisierung des politischen Lebens (in engem Zusammenwirken mit neuen sozialen Bewegungen), Pazifismus, nicht-revolutionärer Pro-Dritte-Welt-Antiimperialismus, kritische (nicht fundamentale) Opposition zur EU, Verteidigung öffentlicher Einrichtungen sowie der Errungenschaften des Sozialstaates. Damit verbindet sich die Kritik an den sozialistischen/sozialdemokratischen Parteien an der Macht. Dennoch werden sie als die einzigen Partner betrachtet, die in der Lage sind, Veränderungen herbeizuführen. Diese Formationen sind/waren in aller Regel in Koalitionen mit der Sozialdemokratie eingebunden. Sie pflegen gute Beziehungen zu globalisierungskritischen Strömungen.

Die dritte Variante ist als reformkommunistisch zu kennzeichnen. Sie wird vom französischen PCF, der deutschen PDS, der schweizerischen *Partei der Arbeit* (vor allem in den französischsprachigen Kantonen), dem *Partito dei Comunisti Italiani* und dem *Movimento dei Comunisti Unitari* in Italien, der KP Luxemburgs und der schwedischen *Vänsterpartiet Kommunisterna* vertreten. Auf halbem Wege zwischen traditionalistischen und „reformistischen“ Varianten sind die spanische Partei *PCE/Izquierda Unida* und seit kurzem die österrei-

17 Zum Trotzkismus siehe: Philippe Campinchi, *Les lambertistes: Un courant trotskiste français*, Paris 2001; Ted Grant, *History of British Trotskyism*, London 2002.

chische KPÖ anzusiedeln. Fast alle diese Parteien stehen in ihren Heimatländern von Seiten der demokratische Linken unter Konkurrenzdruck, gehen mit dieser aber Wahlbündnisse ein, tolerieren gemäßigte Linksregierungen (auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene) oder sind an ihnen gar beteiligt. Sie erteilen dem dogmatischen Marxismus-Leninismus ebenso eine Absage wie dem Konzept der „Diktatur des Proletariats“ und haben auch ansonsten ideologischen Ballast über Bord geworden. So verzichten sie auch auf den Anspruch einer revolutionären Avantgarde.

Durch strategische und programmatische Lockerungen erreichten die reformkommunistischen Parteien zumindest bis Anfang des 21. Jahrhunderts eine gewisse Stabilisierung ihres Wählerpotentials. Die Parteien wurden als heterogene und in ihrem Inneren Konflikte austragende Formationen (Abschied vom organisatorischen Leninismus) neu aufgebaut. Die innerparteiliche Transparenz erhöhte sich, Reste des demokratischen Zentralismus wurden beseitigt. Der Parteiapparat wurde erneuert und verkleinert. Dazu zwangen auch finanzielle Probleme.¹⁸ Sie verstehen sich als Wahlparteien, treten aber zugleich als außerparlamentarische Bewegungen auf. Wie in früheren Zeiten gruppieren sie befreundete und Vorfeldorganisationen um sich, ohne diese jedoch einer permanenten Steuerung und Kontrolle zu unterwerfen.

Von den reformkommunistischen Parteien sind in Zusammenarbeit mit traditionalistischen und rot-grünen Partnern seit 1994 vielfältige Bemühungen zur Rekonstruktion eines neuen Internationalismus ausgegangen. Als Koordinationszentren fungieren das *Forum der Neuen Europäischen Linken* (NELF) und die *Konföderation der vereinigten europäischen Linken/Nordische Grüne Linke* (KVEL/NGL).¹⁹ Dabei handelt es sich keineswegs um eine „neue Internationale“ vom Typ Komintern.²⁰ Da es kein „revolutionäres Zentrum“ mehr gibt, sind

18 Zu den in diesem Sinne durchgeführten Maßnahmen gehört zum Beispiel in Frankreich die Umwandlung der Parteizeitung „Humanité“ in die „Humanité Nouvelle“ ohne Hammer und Sichel und befreit von ihren „orthodoxen“ Kadern.

19 Die 1999 gegründete KVEL/NGL-Fraktion ist nach der Zahl ihrer Mitglieder die fünftgrößte im Europäischen Parlament. Sie besteht (Stand: Januar 2004) aus 40 Abgeordneten, die 15 politischen Parteien angehören: DIKKI (Griechenland); Izquierda Unida (IU - Spanien); Kommunistiko Komma Elladas (KKE - Griechenland); Ligue communiste révolutionnaire (LCR - Frankreich); Lutte ouvrière (LO - Frankreich); Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS - Deutschland); Parti Communiste Français (PCF - Frankreich); Partido Comunista Português (PCP - Portugal); Partito dei Comunisti Italiani (PdCI - Italien); Rifondazione Comunista (RC - Italien); Socialistische Partij (SP - Niederlande); Socialistisk Folkeparti (SF - Dänemark); Synaspismos (Syn - Griechenland); Vänster Partiet (VP - Schweden); Vasemmistoliitto (VAS - Finnland). Die Abgeordneten dieser Fraktion verteilen sich wie folgt auf die Mitgliedsländer: sechs Abgeordnete (plus fünf assoziierte Mitglieder) kommen aus Frankreich, sechs aus Deutschland, sechs aus Italien, sieben aus Griechenland, vier aus Spanien, drei aus Schweden, zwei aus Portugal, je einer aus Finnland, Dänemark und den Niederlanden. Symptomatisch ist der Beschluss von NELF und KVEL, ihre Zusammenarbeit mit allen „antikapitalistischen“ Akteuren zu intensivieren - unter Einschluss der extremen Linken und von Globalisierungsgegnern aller Schattierungen.

die assoziierten Organisationen gleichberechtigt und keinen Direktiven unterworfen.

Die reformkommunistischen Parteien haben die aktuelle Bedeutung des europäischen Kontextes erkannt. Sie wissen, dass diese Bedeutung noch zunehmen wird.²¹ Im Jahr 2004 wird die EU weitere Länder aufnehmen, in deren politischen Systemen kommunistische und postkommunistische Parteien von

20 Das NELF bestand ab 1991 im Kern aus den europäischen KPen, die sich zu Beginn der 90er Jahre wenigstens teilweise „gewendet“ und dabei auch ideologische Paradigmenwechsel vollzogen hatten. Traditionelle Gruppen und Parteien betrachteten das Experiment zunächst mit einer gewissen Distanz. Aber in der Folgezeit wurde das Forum auch für sie attraktiv. Mittlerweile hat es eher Mühe, sich der Aufnahmebegehren lediglich äußerlich modernisierter Parteien zu erwehren. 1995 gehörten dem NELF schon 14 Parteien und Gruppen an: Socialistisk Folkeparti (SF), Dänemark, eine linkssozialistische Gruppierung mit grünem Einschlag und einem trotzkistischen Flügel; Vänsterpartiet (Linkspartei), Schweden; Vasemmistolitto/Vansterforebundet (Linksbund), Finnland; Sosialistisk Venstreparti (Sozialistische Linkspartei), Norwegen; Eesti Demokraatlik Toopartei (Estnische Demokratische Partei der Arbeit); Democratic Left, Irland, sie war bis Mitte 1997 an einer irischen Regierungskoalition beteiligt; Synaspismos, Griechenland; Rifondazione Comunista (PRC), Italien; Izquierda Unida (IU), Spanien; Iniciativa per Catalunya, Spanien; Partei der Arbeit (PdA), Schweiz, eine nicht-gewendete traditionell orthodox-kommunistische Partei; Groen-Links, Niederlande (die seit 1982 auf linkssozialistisch-grünem Kurs befindliche Partei ist aus der früheren moskautreuen KP hervorgegangen); Mouvement des Citoyens, Frankreich, die Bürgerbewegung; Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Deutschland. Interessanterweise wurde die deutsche PDS erst im Juni 1995 vom NELF als Mitglied aufgenommen, nachdem sie einige Jahre einen unauffälligen Beobachterstatus eingenommen hatte. Für die Entwicklung des Forums in eine traditionell linke Richtung sprach schon Mitte 1995 die Zusammensetzung der „ständigen Gäste“. Dazu gehörten neben der EU-Fraktion der KVEL die Democratic Left aus Großbritannien, ADISOK aus Zypern, die allerdings eine „Massenorganisation“ der orthodox-kommunistischen Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (AKEL) Zyperns ist, die Gauche Unie aus Belgien und auch der französische PCF. Wenig mehr als ein Jahr später hatte sich diese Tendenz erheblich beschleunigt: Auf dem Treffen in Helsinki (Oktober 1996) wurde eine Abspaltung der PRC, Movimenti dei Comunisti Unitari (MCU), aufgenommen. Der PCF beantragte den Status eines Vollmitglieds. Die zypriotische AKEL war erstmals als Gast zugegen. Hier wurde die Taktik, zunächst die Vorfeldorganisationen das Terrain abklären zu lassen, deutlich sichtbar. Schließlich trat die PDS, gerade ein Jahr Mitglied dieses Verbundes, in den Vordergrund: Sie wurde Gastgeberin des XII. Treffens in Berlin (19./20. April 1997), auf dem erwartungsgemäß die FKP als Vollmitglied aufgenommen wurde. „Neues Deutschland“ hob hervor, zum ersten Mal seien auch Gäste aus Osteuropa, so aus Warschau, Sofia und Moskau, erschienen. Das XIII. Treffen fand vom 21. bis 23. November 1997 in Athen statt und befasste sich hauptsächlich mit Problemen der Mittelmeeranrainerstaaten. Auch hier hat sich offensichtlich die Verdichtung der traditionskommunistischen Substanz fortgesetzt. So waren u. a. Kommunisten aus Ägypten und Vertreter der 1996 entstandenen türkischen Freiheits- und Solidaritätspartei (Özgürlük Dayanisma Partisi - ÖDP) anwesend.

21 Die Ausführungen der „Reformer“ über Europa sind austauschbar. Sie sehen sich als „europrogressiv“. Im Kern des Projekts sind die Angebote identisch: Eine Teilhabergesellschaft, „ein neues Abenteuer der Staatsbürgerschaft“. Der Protest gegen den „ultraliberalen“ Aufbau der EU wird genährt von einer antikapitalistischen Vision. Die Notwendigkeit durchaus auch politischer gemeinsamer Einrichtungen wird von den

großer Bedeutung sind.²² Mit Blick darauf intensivieren die osteuropäischen Kommunisten und Postkommunisten derzeit ihre internationalen Beziehungen und die entsprechende Zusammenarbeit mit den Parteien im Westen. Ab 2004/2006 wird es im Europäischen Parlament eine starke kommunistische und postkommunistische Fraktion geben. Ferner wird die neu gegründete kommunistische/postkommunistische „Partei der Europäischen Linken“ im weite-

Tabelle 5: Die Fraktionen des Europäischen Parlamentes ab 1999

Land	EVP-ED	SPE	LIBE	GRÜNE / EFA	KVEL-NGL	UEN	EDU	FL	Gesamt
B - Belgien	6	5	5	7	-	-	-	2	25
DK - Dänemark	1	3	6	-	1	1	4	-	16
D - Deutschland	53	33	-	7	6	-	-	-	99
FIN - Finnland	5	3	5	2	1	-	-	-	16
F - Frankreich	21	22	-	9	11	12	6	6	87
GR - Griechenland	9	9	-	-	7	-	-	-	25
IR - Irland	5	1	1	2	-	6	-	-	15
I - Italien	34	17	7	2	6	9	-	12	87
L - Luxemburg	2	2	1	1	-	-	-	-	6
NL - Niederlande	9	6	8	4	1	-	3	-	31
A - Österreich	7	7	-	2	-	-	-	5	21
P - Portugal	9	12	-	-	2	2	-	-	25
S - Schweden	7	6	4	2	3	-	-	-	22
E - Spanien	28	24	3	4	4	-	-	1	64
UK-Vereinigtes Königreich	37	30	10	6	-	-	3	1	87
Gesamt	233	180	50	48	42	30	16	27	626

Name der Fraktionen: EVP – Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion) und Europäische Demokraten; SPE – Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas; LIBE – Fraktion der Liberalen Demokraten und Reformer; Grüne/ EFA – Fraktion Die Grünen im Europäischen Parlament/Europäische Freie Allianz; KVEL/NGL – Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke; UEN – Fraktion der Unabhängigen für das Europa der Nationen; TUA – Technische Fraktion der Unabhängigen Abgeordneten/Gemischte Fraktion; EDU – Fraktion Europa der Demokratien und Unterschiede, FL – Fraktionslos.

²² „Reformern“ nicht verkannt. Auch hier sind die politischen Zutaten dieselben: ein starkes europäisches Parlament, eine geschwächte und kontrollierte EU-Kommission. Vgl. Bozóki/Ishiyama, The Communist Successor Parties.

ren europäischen Aufbauprozess ein nicht zu vernachlässigendes Gewicht haben.²³

Die internationalen Beziehungen der reformkommunistischen Parteien mit den weltweiten kommunistischen Bewegungen sind intensiv. Hinter dem heutigen „internationalistischen“ Engagement verbirgt sich eine Gewissheit: Die Zusammenarbeit mit den Parteien der demokratischen Linken ist nicht nur konfliktbeladen, sondern auch zur Erfolglosigkeit verdammt. Die Parteien der demokratischen Linken bleiben aus Sicht der Kommunisten Verwalter eines kapitalistischen Systems, mit dem „kein Friede auf ewig“ geschlossen werden kann. Die KPen wissen, dass sie sich durch eine interne Sozialdemokratisierung mittelfristig selbst abschaffen würden.

Da sie sich seit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in einem Zustand der Schwäche befinden, haben sie sich entschlossen, auf Zeitgewinn zu arbeiten, um langsam wieder zu erstarken. Die ideologische Entschlüsselung dieses Schrittes ermöglicht einige Vermutungen über die künftigen Strategien der reformkommunistischen Parteien. In diesem Zusammenhang aufschlussreich ist das 1999 erschienene Werk „Kommunismus, ein neues Projekt“²⁴ des damaligen PCF-Vorsitzenden Robert Hue. Darin beschreibt er die „10 Baustellen eines Kommunismus unserer Zeit“.²⁵ Der Vergleich dieses Textes mit dem 2003 verabschiedeten Chemnitzer PDS-Grundsatzprogramm,²⁶ aber auch mit den programmatischen Texten der *Partito dei Comunisti Italiani* fördert weitgehend deckungsgleiche Ansichten zu Tage.

Alle Verfechter der kommunistischen/postkommunistischen Reformlinie weisen die Behauptung zurück, die Kommunisten hätten seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion keine Perspektiven oder keine Ideologie mehr und seien nur noch eine Art „linker Stachel“ im Fleisch der Regierungen. Sie bestehen auf der Bedeutung der kommunistischen Utopie und leiten daraus eine bestimmte Methodologie des politischen Handelns ab. Die „Reformer“ präsentieren ein Projekt, an dem Mitglieder und Sympathisanten zur Mitarbeit eingeladen sind,

23 Folgende Parteien sind Mitglieder der „Partei der Europäischen Linken“ (Stand Februar 2004): Estnische Sozialdemokratische Arbeiterpartei; Französische Kommunistische Partei; Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie (SYNASPIS-MOS – Griechenland); Partei der kommunistischen Wiedergründung (PRC – Italien); Die Linke (Luxemburg); Kommunistische Partei Österreichs; Kommunistische Partei der Slowakei; Vereinigte Linke (Spanien); Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (Tschechische Republik); Partei des Demokratischen Sozialismus (Tschechische Republik); Partei des Demokratischen Sozialismus (BRD).

24 Robert Hue, *Communisme. Un nouveau projet*, Paris 1999.

25 Die zehn von Robert Hue benannten Baustellen: „Die Mobilisierung des Landes für Vollbeschäftigung. Eine Veränderung der Arbeitswelt. Vom unterdrückten zum wiedergegebenen demokratischen Mitspracherecht. Für die Förderung des Allgemeinwohls. Für ein selbstbestimmtes Leben. Für eine solidarische Gesellschaft. Für eine Beteiligungsdemokratie. Für einen europäischen Ehrgeiz. Für einen ‚blauen‘ Planeten in allen Farben. Welche Organisation der Kommunisten für das 21. Jahrhundert?“.

26 Vgl. Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, in: www.pds-online.de/programm/programm2003/index.htm.

um es ständig neu zu gestalten. Aus ihrer Sicht ist das sowjetische Modell ebenso gescheitert wie das sozialdemokratische, das in den fünfziger Jahren als „dritter Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus propagiert wurde.²⁷ Die gegenwärtig zu beobachtende Krise des Kapitalismus habe zu einer wachsenden Infragestellung der „ultraliberalen Dogmen“ geführt. Die Aufgabe der Kommunisten/demokratischen Sozialisten bestehe darin, über die Zukunft nachzudenken und einer sozialen Transformation den theoretischen und politischen Weg zu ebnet. Dies müsse im Bündnis mit allen antikapitalistischen Akteuren – von der revolutionären Linken bis zu Bewegungen vom Typ ATTAC – geschehen. Das politische Konzept bleibt voluntaristisch: Der Lauf der Dinge könne (und müsse) verändert werden, da es sich um die letzte Chance der Menschheit handele, Krieg, Ausbeutung, Rassismus und Armut zu stoppen und ein ökologisches Desaster abzuwenden.

Die „Reformer“ wollen den Kommunismus weder zähmen noch anpassen. Ein Satz Robert Hues könnte auch von Lothar Bisky stammen: „Sich einzulassen auf die Realitäten der Gegenwart, gerade in der aktuellen Phase der Entwicklung der Gesellschaft, genau hieraus kann sich eine neue Chance für ein modernes kommunistisches Projekt entwickeln.“²⁸ Folgerichtig prüfen die „Reformer“ bestimmte Ideen, um eine erfolgreichere Strategie der Rückkehr in die Politik entwickeln zu können. Sie brechen nicht nur mit dem sowjetischen Modell, sondern auch mit einer bestimmten „klassischen“ kommunistischen Kultur aus dem 19. Jahrhundert. Dazu gehören beispielsweise Etatismus und Produktivismus sowie die Idee einer „Machtübernahme“, einer Revolution, die der „Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Handels“ vorausgehen soll. Ebenso stellen die „Reformer“ fest, unser Zeitalter sei dasjenige des Individuums – im Gegensatz zum vorherigen, dem „der Massen“. Die Individuen seien den neuen Rahmenbedingungen der Globalisierung unterworfen.²⁹ Die Reformer wollen den Kommunismus/„demokratischen Sozialismus“ neu erfinden – nicht jenen des 19. Jahrhunderts und der Industrialisierung, sondern den des Informationszeitalters und der Informationsgesellschaft.

Sie spüren den Gegensatz zwischen dem kollektivistischen kommunistischen Projekt und den Ansprüchen der Individuen in modernen Gesellschaften. Ihre Lösung lautet: Der Einzelne soll mit anderen in einer solidarischen menschlichen Gemeinschaft leben und die Formen seines gesellschaftlichen Umgangs selbst wählen. Das transformatorische Projekt des 21. Jahrhunderts biete jedem einzelnen die Möglichkeit zu politischem, moralischem und wirtschaftlichem Handeln. Es ermögliche ihm, selbst alles zu beherrschen, was sein Leben ausmache: Arbeit, Wohnung, Sexualität, neue Rechte und Pflichten usw. Der moderne Kommunismus/„demokratische Sozialismus“ will also der Individualisierung Rechnung tragen, indem er den Menschen den Weg einer fortschrittli-

27 Vgl. Fausto Bertinotti, *Le due sinistre*: Fausto Bertinotti con Alfonso Gianni, Mailand 1997.

28 Hue, *Communisme*, S. 172.

29 Ebd., S. 203 ff.

chen Transformation der Gesellschaft weist. Die „neue Politik“ der Reformen ist deshalb vor allem eine Methode der Aneignung von Macht und Einfluss, die der Kapitalismus den Bürgern angeblich geraubt hat.³⁰

Der prinzipielle Antikapitalismus unterscheidet die reformkommunistischen Parteien grundsätzlich von der Sozialdemokratie.³¹ In der Ökologie machen sie zudem einen Gegenpol zur „kapitalistischen Profitlogik“ aus. Für die „Reformer“ agiert die Sozialdemokratie innerhalb des Kapitalismus, dessen Zerstörungen sie „begrenzen“ und dessen Exzesse sie „ausgleichen“ will. Sie sehen den Kapitalismus weder als Ende der Geschichte im Sinne von Fukuyama noch als unerreichbaren Horizont. Die Krisen der Weltwirtschaft eröffnen ihnen eine Chance, ihre Vorherrschaft zurückzugewinnen und die als zerstörerisch angesehene „Logik“ zurückzudrängen. Die Parolen der Partei lauten deshalb: zuerst der Mensch, dann das Kapital; individuelle Entfaltung statt finanziellem Rentabilitätszwang. Auch wenn die Sozialdemokratie längst Frieden mit der Marktwirtschaft geschlossen hat, plädieren die „Reformer“ für einen „konstruktiven Pluralismus“ und wollen damit eine kritische Solidarität mit den derzeitigen linken Mehrheitsströmungen bekunden.

Unter dem Begriff der „kritischen Solidarität“ verstehen die „Reformer“ einen „Druck von links“. Für sie liegt das grundsätzliche Problem nicht in der Geschwindigkeit zu treffender Maßnahmen, sondern in deren Wirkung, in deren „Radikalität“ im ursprünglichen Wortsinn: Die Partei will an die Wurzeln des Übels, das heißt, direkt an die Fundamente des Kapitalismus vordringen. Die „Reformer“ erinnern die Sozialisten/Sozialdemokraten daran, ihre Politik laufe Gefahr, die linken Wähler zu enttäuschen. Sie erkennen bei den sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien – etwa Frankreichs, Deutschlands und Österreichs – eine von liberalen Ideen inspirierte Konzeption. Für die „Reformer“ ist die Politik nicht „machtlos“ gegenüber „Märkten“, „wirtschaftlichen Zwängen“ und der „Globalisierung“. Das transformatorische Projekt will die Bürger überdies für einen neuen „demokratischen Aufbruch“ mobilisieren: Die „Teilhaberdemokratie“ wird als Referenzmodell empfohlen. Das Plädoyer für die „Intervention der Bürger“³² bedeutet zumindest in Teilen eine Preisgabe des traditionellen Etatismus.

Vor allem dort, wo noch gewachsene Milieus bestehen, müssen die KPen „Gemeinschaft“ und Ersatzfamilie bleiben. Auf anderen Feldern müssen sie einen Kommunikationskrieg nach allen Seiten führen und unauffällig Kontrolle über „neue soziale Bewegungen“ gewinnen. Nach Robert Hue ist es die „Aufgabe der Kommunisten [...], dafür zu arbeiten, dass die sozialen Bewegungen nicht nur der Unzufriedenheit oder Ungeduld Ausdruck verleihen [...], sondern vor allem den Lösungen, für die die Regierung die Verantwortung übernimmt“.³³

30 Vgl. ebd., Kapitel: Du nouveau pour les rapports humains, S. 249 ff.

31 Vgl. Michael Waller/Bruno Coppieters/Kris Deschouwer, *Social Democracy in a Post-communist Europe*, Ilford, Essex 1994, S. 154 ff.

32 Hue, *Communisme*, S. 249 ff.

33 Hue, *Communisme*, S. 37.

Das Bündnis, das Gruppen wie ATTAC oder ihr nahe stehenden Personen angeboten wird, soll mithin ausschließlich den Interessen der Kommunisten und Postkommunisten dienen.

V. Ausblick: Auf dem Weg in eine leuchtende Zukunft?

Die Zukunft des europäischen Kommunismus/Postkommunismus ist offen. Beim Aufbau Europas wird seinen politischen Strömungen, verstärkt durch die großen Parteien aus den Beitrittsländern, eine wichtige Rolle im Europäischen Parlament und in den europäischen Institutionen zuwachsen. Sie können sich dabei auf ein funktionierendes internationales Kooperations- und Kommunikationssystem (NELF, KVEL/NGL, Partei der Europäischen Linken) stützen. Weltwirtschaftliche Krisen, die in den Bevölkerungen vieler Länder Ängste schüren, bieten Ansatzpunkte für antikapitalistische Programmatiken. Die Unipolarität der Welt seit dem Untergang des Sowjetimperiums und die hegemoniale Politik der USA verleihen „antiimperialistischen“ Argumenten neue Glaubwürdigkeit. Auf der Grundlage des Marxismus und seines theoretischen Erbes lassen sich Antworten formulieren, die zwar veraltet, im politischen Kampf aber nach wie vor nützlich sind.³⁴ Da sich der Kommunismus von den Verbrechen der Vergangenheit – wenngleich unvollständig – distanziert hat, kann er seine Botschaft der Hoffnung für die Menschheit erneut verkünden.

Diesen für seine Zukunftsaussichten auf den ersten Blick positiven Aspekten stehen indes andere gegenüber, die langfristig eine größere Rolle spielen könnten: Die KPen sind überaltert. Einer Jugend, die sich innerhalb des globalisierungskritischen Netzwerkes von ATTAC engagiert, erscheinen sie kaum noch attraktiv. Die traditionellen Milieus, die die kommunistische Identität geprägt haben, sind in voller Auflösung. Die „Arbeiterklasse“ gibt es nicht mehr. Die Wähler als Herren ihrer eigenen Wahlentscheidungen verlassen die KPen und wenden sich anderen Protestströmungen zu. Die populistische Rechte hat mittlerweile in einigen Ländern einen bedeutenden Teil der Arbeiterschaft für sich gewonnen, und die anarchistische, anarcho-kommunistische und trotzkistische extreme Linke belebt sich neu. Die wachsende Konkurrenz globalisierungskritischer Bewegungen, die typologisch den neuen sozialen Bewegungen zuzurechnen sind, behindert die „Gesundung“ der KPen. Sie erholen sich nur mühsam von den Wunden, die ihnen der Untergang des real existierenden Sozialismus zugefügt hat. In den Parteien selbst, ob reformorientiert oder nicht, tobt die Schlacht zwischen Traditionalisten und „Reformern“. Erstere sehen nur im leninistischen Modell eine Zukunft für den Kommunismus. Letztere wissen um die

34 Vgl. z. B. Randy Martin, *On Your Marx: Relinking Socialism and the Left*, Minneapolis/London 2002; Klaus Kinner (Hg.), *Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes*, Berlin 2002.

absolute Notwendigkeit der Allianz mit den Sozialdemokraten. Nur so können ihrer Partei ein glaubwürdiges Image und die Statur einer „Regierungspartei“ zuwachsen. Beide Strategien kommen die KPen teuer zu stehen: Der Leninismus mit seiner Fixierung auf einen neuen roten Oktober verführt nicht mehr zum Träumen. Die Politik des Konsenses der KPen mit dem „sozialdemokratischen oder sozialistischen Feind“ um jeden Preis lässt die reformorientierte kommunistische Identität unscharf werden.³⁵ Die Strategie eines „Pols der Radikalität“ hat anderen Akteuren genutzt. Kurz gesagt: Es gibt heute keinen Königsweg für die KPen im Westen. Die Kommunisten/Postkommunisten sind nur ein Akteur unter vielen in einer sich verändernden pluralen Linken. Eine leuchtende Zukunft ist für den Kommunismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht in Sicht.

35 Vgl. Dubravka Juraga/M. Keith Booker, *Socialist Cultures East and West: A Post-Cold War Reassessment*, Westport, Conn. 2002, S. 156 ff.